

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,
Organisation und Finanzentwicklung der Stadt Lüdenscheid**

am 22.04.2004

im Sitzungssaal der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Bernd Schulte CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Hans Bartholomay	CDU
Ratsherr Wolf Reiner Cassel	LL
Ratsfrau Christel Gabler	CDU
Ratsherr Harald Metzger	SPD
Erste stellv. Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU
Ratsherr Hermann Morisse	Grüne
Ratsherr Manfred Rahmede	CDU
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Ratsherr Jens Voß	SPD

Verwaltung:

Bürgermeister Friedrich Karl Schmidt
Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Herr Michael Walker
Herr Ralf Ziomkowski
Frau Britta Vogelsang

Schriftführer/in:

Frau Petra Kluger

Abwesend:

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

2. Public Private Partnership im Bereich der Schulgebäude Vorlage: 102/2004

Herr Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Blasweiler erläutert kurz den aktuellen Sachstand zum Thema und unterbreitet dem Ausschuss einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise.

So ist zur Abschätzung des bestehenden Sanierungsbedarfs der Lüdenscheider Schulgebäude zunächst der künftig benötigte Bedarf an örtlichen Schulräumlichkeiten zu erfassen. Es wird Aufgabe des Dezernates IV sein, diesen anhand prognostizierter Schülerzahlen und unter Berücksichtigung veränderter Nutzungsformen der Gebäude (z.B.: Ganztagschule) zu erheben.

Erst im Anschluss daran wird eine Bestandsaufnahme der Ausstattungsgegenstände vor Ort in den Schulgebäuden seitens ZGW stattfinden.

Herr Blasweiler schlägt vor, dem Ausschuss in einem halben Jahr erneut über weitere PPP-Entwicklungen in den Pilot-Kommunen zu berichten.

Sollte der Beginn für die Umsetzung von PPP jedoch bereits zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen, empfiehlt Herr Blasweiler auf Grund der derzeitigen großen Unsicherheiten und unzureichenden Erfahrungswerte dringend die Durchführung einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie durch Externe, um das bestehende Projektrisiko besser einschätzen zu können.

Auf Anfrage von Ratsherrn Bartholomay wird die Verwaltung zwischenzeitlich prüfen, ob und weshalb in der Vergangenheit größere Reparaturen an Schulen trotz frühzeitiger Anmeldung bei ZGW nicht während der Ferienzeit durchgeführt wurden. Für die kommende Sitzung soll eine entsprechende Übersicht über die Abwicklung größerer Schulreparaturen der vergangenen drei Jahre erstellt werden.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise im Projekt PPP schließt sich der Ausschuss den Vorschlägen des Herrn Ersten Beigeordneten Stadtkämmerer Blasweiler an.

3. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

3.1. Bekanntgaben

3.1.1. Aktuelle Gewerbesteuerentwicklung

Herr Blasweiler erläutert die stagnierende Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen im ersten Quartal 2004.

Das Absinken der Gewerbesteuereinnahmen auf den aktuellen Stand von rd. 31 Mio. € ist demnach auf mehrere Gewerbesteuerabgänge unterschiedlicher Unternehmen in den letzten Monaten zurückzuführen. Aktuell liegen die realisierten Gewerbesteuereinnahmen rd. 5 Mio. € unter dem für 2004 vorgesehenen Ansatz.

3.2. Beantwortung von Anfragen

3.2.1. Anfrage zum Stadterneuerungsprogramm 2004

In der Ausschusssitzung vom 05.03.04 fragte Ratsherr Rahmede, inwieweit die Stadt Lüdenscheid bereits Anträge auf Landeszuweisungen im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms 2004 gestellt habe.

Herr Blasweiler erläutert diesbezüglich, dass die Stadtverwaltung alle in Frage kommenden Antragsmöglichkeiten ausgeschöpft und angemeldet habe. Einige Maßnahmen befänden sich derzeit noch in der Abwicklung.

3.3. Anfragen

3.3.1. Anfrage zur Ausbildungsplatzabgabe

Ratsherr Cassel erkundigt sich nach den finanziellen Konsequenzen, die der Stadt Lüdenscheid (einschließlich ihrer Tochterunternehmen) durch die Einführung der Ausbildungsplatzabgabe entstehen könnten. Weiterhin erfragt er die Anzahl der in 2004 (auch über Bedarf) eingestellten Auszubildenden.

Herr Blasweiler erläutert, dass gemäß aktuellem Gesetzesentwurf die Ausbildungsplatzabgabe dann entfällt, wenn die Stadt Lüdenscheid im Bereich sozialversicherungspflichtiger Ausbildungsverhältnisse eine Quote von 7 % in Bezug auf die Gesamtmitarbeiteranzahl vorweisen könne.

Durch Einstellung von 20 Auszubildenden in 2004 im Bereich der Arbeiter und Angestellten wird eine Ausbildungsquote von 3,4 % realisiert. Die in 2004 ebenfalls insgesamt 19 eingestellten Beamtenanwärterinnen und –anwärter und Praktikantinnen und Praktikanten im Erziehungsdienst (Ausbildungsquote 3,4 %) dürfen bei der Abgabeberechnung nach geltenden rechtlichen Bestimmungen jedoch nicht berücksichtigt werden. Insgesamt wären dem-

nach Ausbildungsplatzabgaben in Höhe von rd. 118.700 € p.a. zu zahlen, davon entfielen rd. 88.800 € auf die Verwaltung selbst, weitere rd. 29.900 € auf den STL.

Abgesehen von der Lüdenscheider Wohnstätten AG, die die vorgesehene Ausbildungsquote nach derzeitigen Informationen möglicherweise nicht erfüllen würde und entsprechende Abgaben zahlen müsste, wären die weiteren Beteiligungsgesellschaften der Stadt von den Ausbildungsplatzabgaben nicht betroffen.

Insgesamt hat die Stadt Lüdenscheid auch in 2004 wieder deutlich über Bedarf eingestellt und ausgebildet.

Vorsitzender

Schriftführerin